

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

16.12.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>„Hier kommt keiner rein“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 16.12.2021</i> .....	3
2   <b>Atomkraft spaltet Nachbarn</b> <i>Ruppiner Anzeiger, 15.12.2021</i> .....	6
3   <b>Schwesig will Zukunftstechnologien nach MV holen</b> <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 15.12.2021</i> .....	8

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 16.12.2021 | S. 8

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Juliane Schultz

## REPORTAGE

# „Hier kommt keiner rein“

## Die Rostocker SEAR Gruppe sichert kerntechnische Anlagen. Beispielsweise auch das Zwischenlager Nord in Lubmin.

Der Weg vom Parkplatz bis ins Innere des Zwischenlagers Nord (ZLN) in Lubmin ist nicht weit, aber lang: etwa 300 Meter - oder eine Stunde. Zugegeben, wer hier arbeitet, schafft es schneller, doch für Besucher ist jeder Schritt erklärungsbedürftig. Dafür verantwortlich, dass alles so komplex und mit ausgeklügelten Kontrollen verbunden ist, ist Jürgen Rosnovsky, Leiter des Fachbereichs für kerntechnische Anlagen der SEAR Gruppe mit Sitz in Rostock. Unter seiner Regie und nach Vorgaben des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen (**EWN**) wurde die Anlagensicherung konzipiert und installiert. Sie sorgt dafür, dass niemand hier eindringen kann.

Wirklich niemand? Zu oft hat Hollywood uns doch gezeigt, wie es geht: Da klettert wahlweise der Schurke oder Superagent einen Mast hoch, besprüht die Kamera, springt über den Zaun, überwindet ein paar Lichtschranken und ratzfatzt fehlt ein Kilo hochradioaktives Material. Ein Szenario, über das die Ingenieure bei SEAR nur lachen können.

Der offizielle Weg zum Atommüll führt durch die Wache am äußeren Zaun zur Wache am inneren Zaun und dort, nach einer verwirrenden Anzahl von Sicherheitsmaßnahmen, schließlich durch die Vereinzelungsanlage, kurz Schleuse, auf das Außengelände des ZLN. Wer den illegalen Weg bevorzugt, hat es schwerer: Die doppelte Zaunanlage übertrifft jedes Hochsicherheitsgefängnis um ein Vielfaches. Die Kameras filmen sich gegenseitig, der Boden zwischen den Elementen enthält Detektoren. Selbst der schwerste Lkw könnte das Tor nicht durchbrechen.

„Letztlich geht es darum, Zeit zu gewinnen, bis zum Eintreffen der Interventionseinheiten“, erklärt Jürgen Rosnovsky. Ob er Polizei oder GSG 9 meint, darf er nicht sagen. Für ihn ohnehin nicht wichtig: „Was wir gebaut haben, überwindet niemand. Hier kommt keiner rein.“ Kurzum: Wüsste Hollywood, was die Inge-

nieure der SEAR Gruppe ausgetüfelt haben, würde man Drehbuchautoren zur Weiterbildung hierher schicken.

Doch leider: Die Details, wie man ein Kernkraftwerk, Zwischen- oder Endlager vor Eindringlingen schützt oder einen Castor-Behälter überwacht, sind geheim. Und weil es nur wenige Spezialisten auf diesem Gebiet gibt, ist SEAR äußerst gut im Geschäft und auch als Arbeitgeber attraktiv: Von 300 Mitarbeitern haben die Hälfte eine Meisterausbildung oder abgeschlossenes Ingenieurstudium.

Der Weg ins Zwischenlager ist erneut mit Kontrollen verbunden - diesmal dienen sie auch der Gesundheit. Zunächst wird die Fototasche auf Strahlung untersucht. Erwartungsgemäß erscheint auf dem Bedienfeld, das ebenfalls von SEAR programmiert und entworfen wurde, die Anzeige „Keine Freigabewertüberschreitung“. Spannend wird es erst beim Verlassen, erklärt der **EWN**-Mitarbeiter Jean Wudtke: „Wenn die Werte nachher abweichen, bleibt die Tasche samt Inhalt hier.“

Nächster Schritt: Jeder bekommt ein Dosimeter, das die Strahlenbelastung während des Aufenthalts misst. Und wieder erklärt Wudtke, mit Blick auf einen gewaltigen Apparat, in den man sich beim Verlassen der Räume stellen muss: „Wer nicht durch diesen Schrank kommt, muss in die Dusche.“ Das komme aber nur selten vor - höchstens, wenn an der Lüftungsanlage gearbeitet und viel Staub aufgewirbelt werde. Dann heißt es: „Kernseife, Bürste und runterschrubben.“

Mit Schutzanzug, Arbeitsschuhen und Helm steht man schließlich vor der nuklearen Lüftung. Für den Austausch der Steuerung inklusive Software und Hardware verantwortlich: SEAR. Rosnovsky erklärt: „Im Grunde ist es ein einfaches Beispiel für eine ganz normale Automatisierungsanlage. So etwas können

wir überall einbauen.“ Nur andersrum funktioniert es nicht, denn Erfahrung mit Nuklearanlagen haben nicht viele. **EWN**-Mitarbeiter Wudtke erklärt: „Von uns kamen die Vorgaben, das Konzept kam von SEAR.“ Beobachtet worden sei der gesamte Prozess von einem unabhängigen Gutachter. Insgesamt ein Jahr hat der Austausch gedauert.“ Unzählige Sensoren liefern nun unentwegt Daten von Betriebszuständen, Luftströmen, Druck, Temperatur.

Diverse Filter reinigen die Luft des darunterliegenden Zwischenlagers und müssen im Anschluss ebenfalls gelagert werden. Und nur so als Gedankenexperiment: Könnte jemand die Filter stechen, um an radioaktives Material zu kommen? Die Männer schütteln amüsiert den Kopf: „Heute geht man bei der Anlagensicherung vor allem von Innentätern aus“, erklärt Rosnovsky. „Natürlich ist deshalb auch hier drinnen alles gesichert.“

Entscheidend für Wudtke: „Die Filter sind, wenn überhaupt, nur sehr schwach belastet. Die Luft, die hier rauskommt, ist sauberer, als die, die reinkommt.“ Schließlich geht es den langen Weg zurück. Der „Schrank“ zählt beim Messen von 20 rückwärts: „...

sechs, fünf, vier, bitte Kopf positionieren, drei, zwei, eins. Keine Kontamination.“ Erleichterung am Ende des Besuchs, denn so viel scheint sicher: dieses Zwischenlager.

### Zwischenlager Nord

Das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** ist seit rund 20 Jahren für den Rückbau der Kernkraftwerke Greifswald/Lubmin und Rheinsberg und den Betrieb des Zwischenlagers Nord in Lubmin verantwortlich. Der Rückbau soll nach aktuellem Stand in den späten 2030er Jahren abgeschlossen sein. Im Zwischenlager Nord (ZLN) werden zunächst alle dabei anfallenden radioaktiven Materialien behandelt und entsorgt. Die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle werden voraussichtlich ab 2027 in den Schacht Konrad - ein Endlager in Salzgitter (Niedersachsen) - überführt. Wann die hochradioaktiven Abfälle in ein Endlager überführt werden können, ist noch offen. Zurzeit sucht der Bund in einem vielstufigen Verfahren ein tiefegeologisches Endlager, in dem der Atommüll für eine Million Jahre sicher untergebracht werden könne. Ziel ist es, dies ab 2050 zu betreiben. Mindestens so lange wird es voraussichtlich das ZLN geben.



**Bild:** Jürgen Rosnovsky, Leiter des Fachbereichs für kerntechnische Anlagen der SEAR Gruppe, und EWN-Anlageningenieur Jean Wudtke (r.) stehen vor der nuklearen Lüftungsanlage des Zwischenlagers Nord in Lubmin bei Greifswald.



**Bild:** Das Zwischenlager Nord auf dem Gelände des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen am Standort des ehemaligen Kernkraftwerks Lubmin.



**Bild:** Fässer und Behälter mit atomarem Abfall stehen abgesichert im Zwischenlager Nord.

## Atomkraft spaltet Nachbarn

**Umwelt Die Europäische Union steht vor einer Grundsatzentscheidung: Soll mehr Geld in Kernenergie fließen, um das Klima zu schützen? Um Deutschland wird es bei der Frage bereits einsam. Von Christian Kerl**

*Die Europäische Union steht vor einer Grundsatzentscheidung: Soll mehr Geld in Kernenergie fließen, um das Klima zu schützen? Um Deutschland wird es bei der Frage bereits einsam.*

Es ist eine Zäsur für die deutsche Energiepolitik: Die Kernkraftwerke Brokdorf und Grohnde werden zum Jahresende abgeschaltet – jene Reaktoren an Elbe und Weser, gegen deren Bau Hunderttausende Akw-Gegner vor vier Jahrzehnten besonders massiv und teils gewaltsam protestiert hatten. Doch für die Atomkritiker schmeckt der späte Triumph bitter: Denn während Deutschland seinen Atomausstieg vorantreibt und 2022 die letzten drei Akw vom Netz nimmt, erlebt die Kernkraftnutzung anderswo eine politische Aufwertung: Die EU steht kurz davor, Atomkraft erstmals offiziell als nachhaltige, klima freundliche Energie zu adeln – noch vor Weihnachten, wenn in Brokdorf und Grohnde die Lichter ausgehen, dürfte sich die EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen vom Kurs Deutschlands abwenden.

„Es gibt ein neues Interesse an Atomenergie als Teil der Energiezukunft“, sagt von der Leyens Energiekommissarin Kadri Simson. Sie reduziere die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und schaffe als größte klimaschonende Quelle für die Grundlast der Stromversorgung Sicherheit. EU-Industriekommissar Thierry Breton: „Es wird keinen Green Deal ohne Kernenergie geben.“ So sieht man es in vielen Teilen Europas: Rund 110 Atomkraftwerke in 13 EU-Staaten sind in Betrieb, sie liefern ein Viertel des Stroms in der Union. Gut die Hälfte der Meiler steht in Frankreich, das seine Elektrizität zu 70 Prozent nuklear produziert und deshalb pro Kopf nur etwa halb so viel CO<sub>2</sub> erzeugt wie Deutschland. Aber auch Länder wie Tschechien, Schweden, Finnland, Spanien, Slowakei, Bulgarien und Ungarn setzen stark auf Atomstrom. Polen will für den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung erstmals zwei oder drei Akw mit einer Gesamtkapazität von neun Gigawatt bauen. In der Slowakei wird ebenfalls ein neuer Meiler geplant, in Finnland und Frankreich sind weitere Reaktoren bereits im Bau. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zeigt sich als Vorkämpfer, lobt im Präsidentschaftswahlkampf die Kernener-

gie als „souveräne Lösung“, um energieunabhängig zu bleiben und zugleich klimaneutral zu werden.

Es gibt nur ein Problem: Viele Atomkraftwerke in der EU stammen aus den 1970er- und 80er-Jahren und kommen ans Ende ihrer Laufzeit. Energiekommissarin Simson: „Nach unserer Analyse müssen ohne sofortige Investitionen etwa 90 Prozent der bestehenden Reaktoren um 2030 heruntergefahren werden – ausgerechnet dann, wenn sie aus Klimaschutzgründen am dringendsten gebraucht würden.“

Um die Laufzeiten zu verlängern, seien Investitionen von 45 bis 50 Milliarden Euro notwendig. Und um 2050 etwa die gleiche Kapazität zur Atomstrom-Erzeugung zu haben wie heute, werde mit Investitionen von rund 400 Milliarden Euro kalkuliert. Für die Kommission keine unrealistische Perspektive: Simson verweist auf ihre zentralen Energieszenarien, nach denen Atomenergie 2050 immerhin 15 Prozent des Stroms in Europa liefern wird – bei steigendem Verbrauch.

Um den enormen Kapitalbedarf für neue Atomprojekte zu finanzieren, drängen Frankreich und ein Dutzend anderer EU-Staaten auf Hilfe der EU. Die Kommission soll Atomkraft in die Gruppe der ökologischen Geldanlagen einstufen – dann könnte das Kapital von Investoren weltweit, die gezielt nach „grünen“ Finanzprodukten suchen, leichter in Atomprojekte gelenkt werden. Der wissenschaftliche Dienst der Kommission unterstützt das: Kernkraft sei sicher und geeignet für das grüne Label. Von der Leyen signalisiert, dass sie dieser Empfehlung folgen wird. Diese oder nächste Woche soll der Plan beschlossen werden – als „delegierter Rechtsakt“, den die Mitgliedstaaten praktisch nicht mehr verändern können. Ein Affront für die deutsche Politik, Brüssel würde den mühsamen und teuren Atomausstieg indirekt in Frage stellen.

Das Bundesamt für nukleare Entsorgung schlägt Alarm, warnt vor einem „Restrisiko“ der Akw und

verweist auf das weltweit ungelöste Atommüllproblem. Führende Ampelkoalitionäre sprechen von einem „schweren europäischen Fehler“. Die Bundesregierung würde die Brückierung gern verhindern, will sich aber ihren Start nicht durch einen Streit mit Frankreich verderben. Deshalb spare der Koalitionsvertrag das Problem aus, berichten Verhandler. Die Suche nach einem gesichtswahrenden Ausweg war Thema beim Mittagessen von Kanzler Olaf Scholz mit Macron im Elyseepalast. Als Zugeständnis könnte die Kommission Sicherheits-Auflagen für die Nuklearförderung festlegen, heißt es in Brüssel, viel Spielraum gebe es aber nicht: Das Ökosiegel für Atomstrom sei nicht zu stoppen.

Macron hat Skeptiker in der EU damit geködert, dass auch neue Gaskraftwerke für eine Übergangszeit den Klimastempel erhalten sollen. So hat er eine breite Mehrheit der EU-Staaten hinter sich gebracht. Neben Deutschland sind nur noch Österreich, Luxemburg, Portugal und Dänemark gegen die Neueinstufung. Macron wirbt jetzt für den Bau von Mini-Reaktoranlagen als „Neuerfindung“ der Atomkraft – mit kürzeren Bauzeiten, größerer Sicherheit und weniger Atommüll. Ob die Technologie dies hält, was der Präsident verspricht, wird man erst in einigen Jahren wissen. Die EU-Kommission unterstützt die Entwicklung der Mini-Reaktoren in Europa. „Das globale Interesse an dieser Technologie steigt“, lobt Energiekommissarin Simson.

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 15.12.2021 dpa WEBLINK**LANDTAG**

## Schwesig will Zukunftstechnologien nach MV holen

**Schwerin**

*Die rot-rote Landesregierung will nach den Worten von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Weichen für ein ganzes Jahrzehnt stellen.*

Ziel sei ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und nachhaltiges Mecklenburg-Vorpommern. „Wir setzen auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft“, sagte Schwesig am Mittwoch in ihrer Regierungserklärung im Landtag in Schwerin. Dazu zählten auch gute, möglichst tarifgebundene Löhne für gute Arbeit.

Eine auf Ressourcenschonung und Klimaschutz ausgerichtete Politik bringe für Mecklenburg-Vorpommern große Chancen mit sich. Die Wirtschaft insgesamt müsse klimaneutral werden. Mecklenburg-Vorpommern habe früh auf erneuerbare Energiequellen gesetzt und verfüge nun über die Energie, die an die Stelle von Kohle, Erdöl und Atomkraft trete: „Wir

haben Sonne und Wind“, sagte Schwesig. Das eröffne Möglichkeiten für Industrieneuansiedlungen, insbesondere auch auf dem Gebiet der zukunftsfähigen Wasserstofftechnologien. Das Land werde sein Werben um Investoren weiter verstärken.

Doch machte Schwesig zugleich deutlich, dass die Regierung auch traditionelle Branchen wie den Schiffbau nicht vernachlässigen werde. Das Land werde weiterhin tun, was rechtlich und finanziell möglich sei. Die Werften im Land befinden sich derzeit erneut in einer schweren Krise. Die fortwährenden Hilfen durch Bund und Land sind nicht unumstritten.